



Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Thüringer Entwicklungschancen durch das Konjunkturpaket II diskutiert

In der Plenarsitzung am 29. Januar 2009 wurden Auswirkungen und Konsequenzen des Konjunkturpakets II für Thüringens Wirtschaft beraten. Anhand von vier Anträgen aus allen drei Fraktionen sowie dem Gesetzentwurf der LINKEN, der die kommunale Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2009 stärken will, wurden die Ausmaße der Finanzkrise für Thüringen diskutiert und darüber beraten, wie dem begegnet werden kann.

Der Chef der Thüringer Staatskanzlei und Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Klaus Zeh (CDU) bereitete zu nächst über die geplante Aufteilung der Mittel durch den Bund. „Dem Land Thüringen stehen

28% mehr Investitionsmittel durch das Konjunkturpaket II zur Verfügung, um der anstehenden Wirtschaftskrise Einhalt zu gebieten. Zudem hält die Landesregierung an dem Neuverschuldungsverbot fest und wird im März einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen“, so der Minister. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dieter Hausold, hielt entgegen: „Über die eigentlichen Ursachen wird nicht gesprochen. Wer die gegenwärtige Krisenentwicklung wirklich bremsen will, der muss vor allem etwas für diejenigen mit mittlerem und sehr niedrigem Einkommen in diesem Land tun.“ Auch Christoph Matschie, SPD-Fraktionsvorsit-

zender, kritisierte die Landesregierung: „Die eigentliche Aufgabe ist mit dem Konjunkturpaket II noch nicht bewältigt, sondern steht uns noch bevor, denn der Finanzkapitalismus muss strafbar reguliert werden“.

„Die größte Sorge der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen ist die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit Debatten nicht die Sorge verstärken, sondern auch den Silberstreif am Horizont sehen und wissen, dass wir gut aufgestellt sind und sich die Leute keine Sorgen machen müssen“, fasste der Fraktionsvorsitzende der CDU, Mike Mohring, die Überlegungen seiner Fraktion zusammen.



Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser, vor uns liegt ein hochpolitisches Jahr 2009! In Thüringen wird insgesamt viermal zum Gang an die Wahlurne gebeten: am 7. Juni finden sowohl die Kommunal- als auch die Europawahlen statt; am 30. August wird der Thüringer Landtag neu gewählt und am 27. September der Bundestag. Dazu jähren sich zentrale historische Ereignisse, die unser demokratisches System etabliert und gefestigt haben, so dass 2009 zum „Jahr der Demokratie“ ausgerufen wurde. Anlässlich 90 Jahre Weimarer Nationalversammlung, 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Friedliche Revolution finden im ganzen Freistaat vielfältige Projekte und Veranstaltungen statt. Dazu werden wir Sie wie gewohnt über die aktuellen Themen der Plenarsitzungen, der Ausschüsse sowie über Veranstaltungen im Thüringer Landtag informieren. Ich wünsche Ihnen eine interessante und aufschlussreiche Lektüre!

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski

„Innere Sicherheit“ – Regierungserklärung des Innenministers

Thüringens Innenminister Manfred Scherer (CDU) stellte am 30. Januar in seiner Regierungserklärung „Innere Sicherheit – Thüringens Stärke auch in Zukunft“ die Eckpunkte der „neuen Thüringer Sicherheitsarchitektur“ vor.

„Die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, ist in Thüringen seit Jahren rückläufig und weitaus geringer als in den meisten anderen Ländern in Deutschland. Die Innere Sicherheit hat sich damit auch zu einem wichtigen Standortfak-

tor für Thüringen entwickelt“, so Scherer. In seinen Ausführungen ging er detailliert auf die Maßnahmen in den Bereichen Polizei, Extremismusbekämpfung sowie Brand- und Katastrophenschutz ein.

Dr. Roland Hahnemann (LINKE) kritisierte die Regierungserklärung grundsätzlich: „Herr Scherer hat uns eine Anschaffungsliste des Innenministeriums vorgelegt, jedoch nicht, wie es sein sollte. Es fehlt die programmatische und konzeptionelle Linie für die Thüringer Innenpo-

litik.“ Auch der SPD-Abgeordnete Heiko Gentzel übte vehemente Kritik am Inhalt der Erklärung: „Leider werden noch immer die unbewältigten Probleme verschwiegen und die Bilanzen schön geredet. Von einer Regierungserklärung ist etwas anderes zu erwarten.“ Wolfgang Fiedler (CDU) hingegen verteidigte Scherer und monierte: „Die unberechtigte Kritik ist extrem ärgerlich, denn nicht eine einzige Idee oder ein Konzept wurden von Seiten der Opposition vorgebracht.“

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit Petitionsausschuss

In seiner Sitzung am 23. Januar hat der Wirtschaftsausschuss die mündliche Anhörung zum Entwurf der SPD-Fraktion für ein Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Freistaat durchgeführt. Gegenstand der Anhörung waren die Verbesserung der Transparenz und der Rechtsposition vor allem für kleine Bieter sowie der bürokratische Aufwand und das qualitative Ergebnis vor allem für kommunale Auftraggeber. Der Ausschuss will in Kürze darüber entscheiden, ob er dem Landtag vorschlägt, die bereits vorhandenen Thüringer Vergabe-Richtlinien durch

ein Thüringer Vergabe-Gesetz zu ergänzen. Berücksichtigung findet dabei das Vergaberecht auf Bundesebene, das zurzeit ebenfalls novelliert wird. Auch befasste sich der Ausschuss mit einem Selbstbefassungsantrag zur „Richtlinie zur Förderung von innovativen, technologieorientierten Verbundprojekten, Netzwerken und Clustern“. „Die jetzt bewilligten Verbundprojekte leisten in Thüringen einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise“, zeigte sich der Ausschussvorsitzende Dr. Michael Krapp (CDU) überzeugt.

Der Petitionsausschuss des Thüringer Landtags stellte seine Jahresbilanz für 2008 vor. Insgesamt hatte der Ausschuss 1.703 Petitionen zu bearbeiten, mehr als drei Viertel der Entscheidungen konnten im Interesse der Petenten getroffen werden, indem der Ausschuss im Sinne der Petition entschied, durch Information aufklärte oder die Petition an zuständige Stellen weiterleitete. Die meisten Petitionen (237) betrafen den Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit. Einen Schwerpunkt bildete hier, wie im Vorjahr, die

Grundsicherung für Arbeitssuchende. Es folgte mit 185 Petitionen der Bereich der Rechtspflege, wobei die meisten Anliegen, wie auch schon 2007, den Strafvollzug betrafen. An dritter Stelle standen erneut die kommunalen Angelegenheiten mit 153 Petitionen. Betroffen waren hier, ebenfalls wie im Vorjahr, die Kommunalabgaben, insbesondere Straßenausbaubeiträge, Herstellungsbeiträge für Abwasser und Abwasserbeseitigung sowie Beschwerden über die Arbeitsweise kommunaler Behörden.

Ausstellungen

„Stip.Visite“ - Thüringer Kunststipendiaten stellen im Landtag aus

Am Donnerstag, den 29. Januar 2009 eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski gemeinsam mit Thüringens Kultusminister Bernward Müller und Dr. Rolf Luhn, Direk-



tor der Kulturstiftung ArtRegio der SV Sparkassenversicherung, die Ausstellung „Stip.Visite“ mit Arbeiten von Thüringer Kunststipendiaten des Jahres 2008. Anliegen der Ausstellung ist, eine Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern anzuregen, die die Bildende Kunst in Thüringen in ihrer Vielfalt exemplarisch sichtbar machen. Gezeigt werden die Arbeiten

von Carina Lange, Peggy Meinfelder, Katrin Prinich-Heutzenröder und Kay Voigtmann, denen die Förderung im letzten Jahr zu gute kam. „Künstler in ihrem Reifeprozess zu unterstützen, heißt unter anderem, ihnen die Auseinandersetzung und den Dialog mit der Gesellschaft zu ermöglichen. Weil sie ihre Kunstobjekte als Teil öffentlicher Diskurse verstehen, brauchen Künstler Räume der Begegnung. Ein solcher Raum will der Thüringer Landtag sein“, hieß es in der Eröffnungsrede der Landtagspräsidentin.

Die Ausstellung ist bis zum 6. März 2009, montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Veranstaltungen

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Thüringer Landtag

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus hatten die Präsidentin des Thüringer Landtags, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, und die stellvertretende Ministerpräsidentin, Birgit Diezel (CDU), am Mittwoch, dem 28. Januar 2009 in den Thüringer Landtag eingeladen. Seit 1996 ist auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog der 27. Januar nationaler Gedenktag der Bundesrepublik, seit 2005 ist er auf Beschluss der Vereinten Nationen zum Internationalen Holocaustgedenktag ernannt. Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, das symbolhaft für die Millionen ermordeter Opfer des Nazi-Regimes steht, durch die Alliierten befreit. Gemeinsam mit den Abgeordneten des Landtags, ehemaligen Häftlingen der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie Vertretern des öffentlichen Lebens wurde im Rahmen einer Gedenkstunde an all jene Menschen erinnert, die der menschenverachtenden

Ideologie des Nationalsozialismus und seinem Terror zum Opfer gefallen sind. Die Gedenkrede hielt Prof. Dr. h. c. Arno Lustiger. Geboren 1924 im polnischen Bedzin, überlebte er die Haft in meh-



ren Konzentrationslagern, unter anderem in Buchenwald. Nach 1945 engagierte er sich auf vielfältige Weise für das jüdische Leben in Deutschland. Als Historiker und Publizist leistete Lustiger vor allem bei der Erforschung des jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Verfolgung Pionierarbeit.

CDU

CDU-Fraktion begrüßt Arbeitserleichterung für Thüringer Feuerwehren

Mit der Veröffentlichung im nächsten Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBL) des Freistaates, das Ende Februar erscheint, tritt die neue Thüringer Feuerwehrorganisationsverordnung in Kraft. Damit wird die Arbeit der Feuerwehr im verwaltungstechnischen Sinn entscheidend erleichtert. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich dabei für einen raschen parlamentarischen Ablauf stark gemacht und sich auch während der Entstehung der neuen

Verordnung aktiv eingebracht. Dabei hat es eine gemeinsame Beratung des Arbeitskreises Innen mit dem Vorsitzenden des Thüringer Feuerwehrverbandes, Lars Oschmann, gegeben, die die neue Feuerwehrorganisationsverordnung zum Thema hatte.

Ziel der Neufassung ist eine Entschlackung und verbesserte Strukturierung der Vorschriften. Soweit möglich wurden die Vorschriften für die Dienstkleidung und Fahrzeuge vereinheitlicht.

Insgesamt wurde auf eine ehrenamtsfreundlichere Ausgestaltung geachtet. So wurden zum Beispiel die Vorschriften für die Beförderung ehrenamtlicher Feuerwehrleute geändert. Zudem konnte der neueste Stand der technischen Vorschriften und Normungen berücksichtigt werden. Zukünftig sind bei Kommunen ab 30.000 Einwohnern bei einer entsprechenden Risikoeinstufung hauptamtliche Feuerwehrleute vorzuhalten. Der innenpoli-

Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

tische Sprecher der CDU-Fraktion Wolfgang Fiedler: „Die Verordnung ist fachlich ausgewogen und verdient unsere vollste Zustimmung. Ich bin froh, dass wir die Männer und Frauen, die ihren Dienst zum Wohle der Thüringerinnen und Thüringer tun, nunmehr etwas entlasten können.“

Zeitzeugen haben auch in Zukunft eine wichtige Rolle

Zur Einbindung des Freiheit e.V. in die Arbeit des Gedenk- und Lernorts Andreasstraße in Erfurt besteht noch Gesprächsbedarf. Das hat der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für die Opfer des Stalinismus und des SED-Regimes, Dr. Peter Krause, erklärt. „Die Zeitzeugen sollen auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur Arbeit der Gedenkstätte leisten“, formulierte Krause seine Erwartung. Entscheidend sei das gemein-

same Ziel, „im Sinne der Demokratieerziehung wissenschaftlich fundiert, aber auch anschaulich und wirksam über den totalitären Charakter des SED-Staates zu informieren“. Wie der Opferbeauftragte ausführte, hat der Freiheit e.V. mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gezeigt, „dass er sehr gut in der Lage ist, Opfer der SED-Diktatur für die Arbeit in der Gedenkstätte zu gewinnen und an der Bildungsarbeit zu be-

teiligen. Das darf keinesfalls verloren gehen“, so Krause. Er forderte die Landesregierung, die Stiftung Ettersberg, den Freiheit e.V. und die Landesbeauftragte auf, in diesem Sinn eng und zielorientiert zu kooperieren. Krause sieht zahlreiche Anknüpfungspunkte, um für die Entwicklung der Einrichtung zu vernünftigen und langfristig tragfähigen Vereinbarungen zu kommen. „Bisher ist weder über die Besetzung des Beirats für die Andre-

asstraße und seine Zuständigkeiten, noch über den vorgesehenen Kooperationsvertrag oder die Gestaltung des Gedenk- und Lernorts abschließend befunden worden. Darauf gilt es sich jetzt zu konzentrieren und den SED-Opfern angemessene Mitgestaltungsmöglichkeiten zu geben“, so Krause. Entscheidend sei das gemeinsame Ziel, den wichtigen Gedenk- und Lernort auf ein dauerhaft stabiles Fundament zu stellen.

2.000 Erzieherinnen mehr für die Kitas

„Ein Jahr nach Einreichung des Gesetzentwurfs für eine bessere Familienpolitik durch LINKE und SPD verschleppt die Thüringer Landesregierung weiter dringend notwendige Veränderungen“, sagte Margit Jung, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion.

Auch Prof. Dr. Michael Opielka, der Gutachter der Landesregierung, habe in seinem Zwischenbericht eine deutliche Unterversorgung mit Erzieherinnen konstatiert und sei zu dem Schluss gekommen, dass in Thüringen mindestens so viel Personal gebraucht werde, wie durchschnittlich in allen anderen Bundesländern auch. „Das bedeutet: Thüringen braucht 2.000 Erzieherinnen mehr“, betonte Frau Jung. Auch gebe es bislang „keine Schritte, um deutlich mehr Erzieherinnen auf Hochschulniveau altersspezifisch auszubilden. Der beste Bildungsplan ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht, wenn er nicht umsetzbar ist.“

Für den Erhalt der Kammgarnspinnerei Wernshausen

MdL Dr. Klaubert: Grobe Missachtung des Denkmalschutzes

Nachdem Kultusstaatssekretär Kjell Eberhardt am 30. Januar im Landtag den Abriss der denkmalgeschützten Kammgarnspinnerei in Wernshausen (Ortsteil von Schmalkalden) ausdrücklich verteidigt hatte,

warf Dr. Birgit Klaubert, Sprecherin der LINKEN für Kulturpolitik und Mitglied im Thüringer Landesdenkmalrat, der Landesregierung eine grobe Missachtung des Denkmalschutzes vor. Bürger vor Ort und Denkmalschützer protestieren gegen den Abriss. An einer Demonstration in Wernshausen am 20. Januar hatten mehrere Landtagsabgeordnete der Linksfraktion teilgenommen (siehe Foto). „Es werden die Bestimmungen des Thüringer Denkmalschutzgesetzes geradezu auf den Kopf gestellt“, kritisierte die Abgeordnete mit Verweis auf § 7: „Werden Kulturdenkmale nicht mehr entsprechend ihrer ur-

sprünglichen Zweckbestimmung genutzt, sollen die Eigentümer eine Nutzung anstreben, die eine möglichst weit gehende Erhaltung der Substanz auf die Dauer gewährleistet.“ Bei der Kamm-



garnspinnerei Wernshausen habe die Gemeinde das Gelände mit mehreren denkmalgeschützten Gebäuden jedoch nur gekauft, um die Bebauung abreißen und die Fläche vermarkten zu können. Als Skandal bezeichnete es Klaubert, dass der Abriss mit Fördermitteln unterstützt werde. Noch im August habe die Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der LINKEN darauf hingewiesen, dass der Rückbau von denkmalgeschützten Gebäuden nicht förderfähig sei.

garnspinnerei Wernshausen habe die Gemeinde das Gelände mit mehreren denkmalgeschützten Gebäuden jedoch nur gekauft, um die Bebauung abreißen und die Fläche vermarkten zu können. Als Skandal bezeichnete es Klaubert, dass der Abriss mit Fördermitteln unterstützt werde. Noch im August habe die Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der LINKEN darauf hingewiesen, dass der Rückbau von denkmalgeschützten Gebäuden nicht förderfähig sei.

Sozialgerichte müssen entlastet werden

Auf Antrag der LINKEN beschaffte sich der Thüringer Landtag mit der Situation der Thüringer Sozialgerichte. Die vor allem durch Hartz-IV-Klagen verursachten Arbeitsbelastungen und Probleme müssen dringend lösungsorientiert beraten werden, hatte MdL Ralf Hauboldt gefordert. Kernpunkte des Problems seien im Bereich der Entscheidungen von ARGEN und optierenden Kommunen sowie auf der Ebene der rechtlichen Regelungen zu suchen, deshalb bleibe es dabei: „Hartz IV muss weg!“ Solange aber mit diesen Regelungen gearbeitet werde, müssten Probleme, wie z. B. das Konstrukt „Bedarfsgemeinschaft“, gesetzlich so umgebaut werden, dass sie für Betroffene keine existenziellen Belastungen mehr darstellen.

Vereinbarung mit K+S ist schädlich für Thüringen

Massive Kritik übt SPD-Umweltpolitikerin Dagmar Becker an der Unterzeichnung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kaliproduktion in Hessen und Thüringen. „Diese Vereinbarung widerspricht den Interessen des Landes und der gesamten Werra-Region. Dahinter steckt ausschließlich eine Gefälligkeit gegenüber K+S. Die CDU-Landesregierung degradiert dafür den Runden Tisch und führt das Parlament hinters Licht“, so Becker. Enttäuscht ist die SPD-Politikerin über das Verhalten des Thüringer Umweltministers Sklenar. Dieser hatte in der zurückliegenden Plenarsitzung noch die Bereitschaft zu Nachverhandlungen signalisiert. Geschehen sei jedoch nichts: „Die Vereinbarung widerspricht weiterhin den Beschlüssen der Landtage von Hessen und Thüringen.“ Dies gelte vor allem für die Fortschreibung des extrem hohen Härtegrenzwertes für die Werra bis zum Jahr 2012.

Matschie im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt unterwegs

Das Stahlwerk in Unterwellenborn und das Schulzentrum Königsee samt modernster Wärmeversorgung standen auf dem Besuchsprogramm von Christoph Matschie Mitte Januar im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. „Matschie kommt zur Sache“, so lautet das Motto der Tour, die der Fraktionsvorsitzende in den nächsten Wochen und Monaten durch den Freistaat unternimmt. Das Stahlwerk Thüringen in Unterwellenborn gehört seit

Januar 2007 zur Gallardo-Gruppe, dem Hauptproduzenten von Baustahl in Spanien. Unterwellenborn ist seit 1872 traditioneller Standort der Eisen- und Stahlproduktion. Heute gehört das Werk in Ostthüringen zu den modernsten Walzwerken Europas. Produziert werden Stahlträger nach nationalen und internationalen Normen. Das Thema „Wirtschaft“ war Schwerpunkt bei einem „politischen Stammtisch“ am Abend in Saalfeld.



Christoph Matschie (Dritter von rechts) als interessierter Zuhörer bei einem Besuch im Stahlwerk Unterwellenborn.

Arbeitslosigkeit ist beängstigend

Mit Verweis auf den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Thüringen im aktuellen Arbeitsmarktbericht kritisiert SPD-Arbeitsmarktpolitiker Walter Pilger die Thüringer Landesregierung scharf. Obwohl die Entwicklung vor allem im Bereich der Kurzarbeit seit November absehbar gewesen sei, lasse die CDU-Landesregierung weiterhin kein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erkennen. Pilger verweist auf einen von der SPD-Fraktion vorgelegten Antrag für ein Sofortprogramm für Arbeitsplätze. Dieser aus dem Dezember letzten Jahres stammende Antrag sei leider von der CDU-Mehrheit in fast allen Punkten abgelehnt worden. Pilger: „Offenbar will die Landesregierung die Probleme im Land weiter durch Ignoranz lösen.“

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbeauftragte@landtag.
thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines News-
letters.

Der Bezug ist kostenfrei so-
wohl über den Postweg als
auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-Mail an:

Poststelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Parkerleichterungen für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen

Durch zahlreiche Eingaben der
Bürger wird die Bürgerbeauf-
tragte immer wieder mit dem
Wunsch schwerbehinderter
Menschen befasst, auf Grund
der durch die Behinderung ver-
ursachten Einschränkungen der
körperlichen Leistungsfähigkeit
oder Beweglichkeit Parkerlei-
cherungen zu erhalten.

Die Bürgerbeauftragte weist
insoweit darauf hin, dass der
Kreis derjenigen, der diese Park-
erleichterungen erhalten kann,
durch rechtliche Vorgaben ein-
deutig beschrieben ist. Hierzu
zählt zum einen der in § 46 Abs.
1 Nr. 11 Straßenverkehrsordnung
(StVO) und der entsprechenden
Verwaltungsvorschrift (VwV-
StVO) genannte Personenkreis,
der blaue Parkausweise erhält.
Auf Grund einer Erlassregelung
in Thüringen, die bezüglich der
Voraussetzungen (Grad der Be-
hinderung, Art der Erkrankung,
Vorhandensein eines Merkzei-
chens) ebenfalls konkrete Vor-
gaben enthält, erhalten außer-
dem weitere Personengruppen
Ausnahmegenehmigungen, in
diesem Fall gelbe Parkaus-
weise. Mit seinen Festlegungen
schränkt der Erlass den Ermes-
ensspielraum der zuständigen
Behörde ein. Dies ist in Anbe-
tracht der Zielsetzung der Ge-
währleistung einer einheitlichen
Rechtsanwendung beab-
sichtigt und bedeutet, dass ein
Abweichen von den Vorausset-
zungen „nach unten“ selbst im
Einzelfall nicht möglich ist. Da
einige Bundesländer gleichlau-
tende Erlassregelungen besit-
zen, wurden mit diesen Ländern
Nordrhein-Westfalen, Hessen,
Baden-Württemberg, Rhein-
land-Pfalz und Saarland Gegen-
seitigkeitsvereinbarungen zur
Anerkennung der Parkausweise
vereinbart.

Im Rahmen eines Gesetzes zur
Änderung des Straßenverkehrsgesetz-
es werden demnächst auch
contergangeschädigte Men-
schen Ausnahmemöglichkeiten
erhalten. Durch den Bundesgesetz-
geber wird im Übrigen eine Än-
derung der StVO und der
VwV-StVO vorbereitet, die die in
dem Thüringer Erlass genann-
ten Personengruppen in den
bundesgesetzlich geregelten Be-
reich aufnimmt. Thüringen un-
terstützt diese vorgesehenen
bundesrechtlichen Änderungen
ausdrücklich.

Der Datenschutzbeauf- tragte

3. Europäischer Datenschutztag

Am 28. Januar 2009 wurde
bereits zum dritten Mal der
durch den Europarat ausge-
rufene Europäische Daten-
schutztag durchgeführt, an
dem europaweit das Bewusst-
sein der Bürgerinnen und Bür-
ger für die Belange des Da-
tenschutzes erhöht werden
soll. Nicht zuletzt wegen der
zahlreichen Skandale im letz-
ten Jahr haben sich die Da-
tenschutzbeauftragten des
Bundes und der Länder dafür
entschieden, das Problem des
Datenschutzes in der Arbeits-
welt in diesem Jahr besonders
hervorzuheben. Unter dem Ti-
tel „Die ideale Angestellte, der
genormte Arbeitnehmer. Wie
viel darf mein Arbeitgeber
über mich wissen?“ fand am
28. Januar 2009 im Abgeord-
netenhaus von Berlin die ge-
meinsame zentrale Veranstal-
tung statt.

In der Diskussion zwischen
Vertretern der Politik, der Ar-
beitnehmer, der Rechtswissen-
schaft und der Datenschutz-
beauftragten (leider ohne Be-
teiligung der Arbeitgeberseite)
wurde insbesondere der
Frage nachgegangen, ob ein
Arbeitnehmerdatenschutzge-
setz eine angemessene Ant-
wort auf die vielfältigen Be-
drohungen für die Persönlich-
keitsrechte der Beschäftigten
vor allem durch den wachsen-
den Einsatz von Informations-
und Kommunikationstechno-
logie im Berufsalltag, aber
auch für immer größere Über-
wachungsbegehrlichkeiten ist
oder ob bestehende gesetz-
liche Regelungen und die um-
fangreiche bisherige Recht-
sprechung hierfür ausreichen.
Fakt ist, dass die in jüngster
Zeit bekannt gewordenen
Überwachungsmaßnahmen
nach der aktuellen Gesetzes-
lage bereits unzulässig waren.
Insoweit besteht erheblicher
Bedarf, z. B. die betrieblichen
Datenschutzbeauftragten zu
stärken und empfindlichere
Sanktionen vorzusehen.

Das überwiegende Votum fiel
für zusammenhängende kon-
krete gesetzliche Regelungen
aus, um nicht zuletzt für Über-
sichtlichkeit und Rechtssicher-
heit zu sorgen. Dass dies in
dieser Wahlperiode des Bun-
destags nicht mehr realisier-
bar ist, war allerdings allen Be-
teiligten klar.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Auf Thüringens Marktplätzen: Demokratischer revo- lutionärer Herbst '89

Ausstellungen 2009 in Vorbe- reitung:

Die revolutionären Umbrüche
1989/90 waren nicht denkbar
ohne die Mitwirkung Tausen-
der, die sich – anfangs mit Ri-
siko und später mit Selbstbe-
wusstsein – in die offenen Räu-
me der Städte begaben, um ih-
ren Unmut an der SED-Poli-
tik und der unfreien DDR-Ges-
ellschaft zu äußern und Ver-
änderungen zu fordern. Die
deutsche Einheit und das Bun-
desland Thüringen haben ihre
Wurzeln nicht unter Verhand-
lungstischen, sondern in brei-
ten Teilen der Bevölkerung.

Um dies wieder ins Bewusst-
sein zu bringen, soll dort an
die Ereignisse erinnert werden,
wo sie stattfanden – auf den
Marktplätzen mehrerer Städ-
te, dort wo auch heute täglich
viele Bürger sind. Die Ausstel-
lungen werden – für je etwa
eine Woche – direkt auf die
zentralen Plätze gestellt, z.B.
in Altenburg, Rudolstadt, Arn-
stadt, Sonneberg, Pöbneck ...
Für jeden Aufstell-Ort gibt es
den regional- und den lokalge-
schichtlichen Teil. Damit wer-
den sowohl das Besondere der
einzelnen Städte wie auch die
Parallelität der Ereignisse, ihre
Vielfalt und der örtliche Ide-
enreichtum der Akteure be-
tont. Für jeden Ort wird auf-
wendig recherchiert: Bilder,
Erinnerungen, Worte von den
großen Markt-Kundge-
bungen, Hintergründe und Do-
kumente zur Entstehung der
Proteste, die ganz besonderen
Ereignisse.



Die Ausstellung benötigt die
Unterstützung der Städte. Ein-
ige Termine sind noch frei. Auf
Anfrage gibt es ausführliche
Informationen bei der Landes-
beauftragten.